



**Kassenärztliche Vereinigung
Mecklenburg-Vorpommern**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

PRESSEMITTEILUNG

Minister Spahn budgetiert BioNTech-Impfstoff – sofortiger Rücktritt notwendig

Schwerin – 23. November 2021. Nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) können ab dem 23. November 2021 pro Vertragsarzt und Woche nur noch 48 Dosen BioNTech (BNT) bestellt werden. Damit budgetiert das BMG Bestellmengen für Praxen für einen Impfstoff, mit dem die meisten Patienten ihre Grundimmunisierung erhalten haben und den sie akzeptiert haben.

Der Beratungs- und Aufklärungsbedarf in den Praxen wird dadurch enorm ansteigen. Auch die Aussage des Ministers, es gebe aber unbegrenzt den Impfstoff von Moderna, wirkt wie eine peinliche Entschuldigung und ist nicht hilfreich. Die Folge davon ist, dass Patienten, die mit BioNTech im Rahmen ihrer Grundimmunisierung geimpft wurden, nun – sofern sie über 30 Jahre alt sind - eine Auffrischimpfung mit Moderna erhalten werden.

Es ist unverantwortlich, die Situation schönzureden und so zu tun, als sei alles paletti mit den Impfstoffen und es hänge ausschließlich an den Ärzten, möglichst schnell zu impfen. Dem ist mitnichten so. Nach dem in der letzten Woche über 31.000 Impfungen in den Praxen unseres Landes durchgeführt wurden und das Tempo damit nochmals um 50 Prozent gegenüber der Vorwoche gesteigert wurde, bremst das BMG mit der Budgetierung des Impfstoffes die Impfkampagne in voller Fahrt aus.

Von Seiten des BMG wurde zunächst angeführt, die Budgetierung sei notwendig geworden, um den Verwurf von Moderna zu vermeiden. Kurze Zeit später räumte Minister Spahn ein, dass schlicht nicht ausreichend BNT vorhanden sei. Die Aussage ist kaum zu glauben, stellt sie doch eine Bankrotterklärung über sein eigenes Han-



deln dar, das von fehlerhafter Einschätzung der Lage, anhaltender Planlosigkeit und Selbstüberschätzung gekennzeichnet ist. Statt für einen reibungslosen Impfablauf und eine bürokratiearme Bestellung der Impfstoffe zu sorgen, wurden seit Beginn der Impfkampagne in 14-tägigem Rhythmus seitenlange Impfverordnungen von seinem Ministerium produziert, die für anhaltende Irritationen in den Praxen und erheblichen Erklärungsbedarf gegenüber den Patienten sorgten.

Es ist höchste Zeit, dass Herr Minister Spahn dafür die politische Verantwortung übernimmt und zurücktritt.
